

BDI-Info-Service

Ausgabe 1 | 12. Januar 2009

Auswege aus dem Gaskonflikt

Die Energiebeziehungen zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen brauchen eine neue rechtliche Grundlage.

Nicht nur in Deutschland geht seit dem Jahreswechsel das Wort von der Rezession um. Auch die Länder im östlichen Europa, die bislang Wachstumsmärkte für die deutsche Exportwirtschaft waren, stehen vor harten Bewährungsproben. Russland rechnet derzeit noch mit einem Wachstum von 2 bis 3 % für 2009. Ein anhaltend geringer Ölpreis von um die 50 US\$ pro Barrel würde die russischen Energieunternehmen und den Staatshaushalt aber stark belasten. Russland, das mit 12,6 % des weltweit geförderten Rohöls größter Exporteur außerhalb der OPEC ist, sucht jetzt eine größere internationale Vernetzung.

Auch beim Erdgas ist Russland nun an einer internationalen Abstimmung interessiert. Das am 22. Dezember in Moskau von 14 Ländern gegründete »Forum Gas-Exportierender Länder« (GECF) dient der Weiterentwicklung der Märkte und einem strategischen Mengen- und Preismanagement. Der russische Monopolist Gazprom will Milliardenbeträge in die Modernisierung der Infrastruktur und die Erschließung von Lagerstätten investieren und zugleich hohe Kreditschulden abtragen. Mit Deutschland hat Russland allerdings Gasverträge geschlossen, die bis ins Jahr 2035 reichen und bei denen der Gaspreis fest an die Entwicklung des Ölpreises gekoppelt ist.

Kein anderes Land der postsowjetischen Welt wurde mit solcher Wucht von den globalökonomischen Turbulenzen getroffen wie die Ukraine. Die Preishalbierung für Stahl, der nahezu ein Viertel des ukrainischen Exportes ausmacht und dessen Produktion im November um 55 % zurückgehen ließ, machen der ukrainischen Regierung schwer zu schaffen. Die ukrainische Wirtschaft hat im 4. Quartal 24,5 % eingebüßt. Die Währung Hrywna ist in den vergangenen Wochen stark abgewertet worden. Der Staatsbankrott konnte nur durch einen Überbrückungskredit in Höhe von 16,4 Mrd. US\$ durch den IWF vermieden werden. Hinzu kommt eine verfahrenere politische Lage mit Dauerkämpfen zwischen Präsident und Ministerpräsidentin.

Der Anfang Januar eskalierte Gasstreit hat seine Hauptursache darin, dass der Ukraine schlicht das Geld für die Energiekosten fehlt. Derzeit müsste die Ukraine 180 US\$ pro 1000 Kubikmeter Gas zahlen, nun verlangt Gazprom mindestens 250 US\$. Dies ist zweimal mehr als der Tarif für

Deutsche Gasimporte

Im Berichtszeitraum November 2007 bis Oktober 2008 lagen die Erdgasimporte mit 3.634.419 Terajoule um 12,3 % über der entsprechenden Menge der Referenzperiode November 2006 bis Oktober 2007 (3.235.691 Terajoule).

Die drei wichtigsten Lieferländer von Erdgas von November 2007 bis Oktober 2008:

1. Russland (1.603.445 Terajoule)
2. Norwegen (1.143.695 Terajoule)
3. Niederlande (742.055 Terajoule)

Der durchschnittliche Grenzübergangspreis ist im betrachteten zwölfmonatigen Zeitraum im Vergleich zur Referenzperiode um 23,9 % von 5.604,71 € auf 6.942,79 € pro Terajoule Erdgas gestiegen.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Belarus, aber noch halb so hoch wie der aktuelle Preis für westliche Länder. Einziger Ausweg für die Ukraine scheint eine deutliche Anhebung der Durchleitungsgebühren für russisches Gas. Auch darum dreht sich der aktuelle Streit.

51 % des gesamten Gases, das Russland derzeit exportiert, geht in die oder durch die Ukraine. Es liegt daher im Interesse Deutschlands und der EU eine Verrechtlichung der Energiebeziehungen herbeizuführen. Dazu könnte das bereits 2002 konzipierte trilaterale Gastransportkonsortium neu belebt werden. Dem Konsortium sollten die Gasgesellschaften Russlands, der Ukraine sowie deutsche und internationale Energieunternehmen angehören. Das Konsortium war an Bedenken innerhalb der EU an Dreiecksgeschäften zwischen Deutschland, Russland und der Ukraine gescheitert. Ein neuer Anlauf könnte gelingen, indem man die Idee auf eine europäische Grundlage stellt. Die deutsche Industrie könnte zudem durch Angebote zur Modernisierung der russischen und ukrainischen Energiewirtschaft zu einer Entspannung von Energiekonflikten beitragen. Nach Angaben des russischen Energieministeriums geht allein in Russland jährlich eine Gasmenge verloren, die dem deutschen Jahresverbrauch entspricht. Mit

deutscher Energiespartechnologie und Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien könnte man hier für nachhaltige Entlastung sorgen. Der Ost-Ausschuss steht diesbezüglich im engen Dialog mit seinen osteuropäischen Partnern.

Prof. Dr. Rainer Lindner, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft
r.lindner@bdi.eu

Klimapolitik als BDI-Schwerpunktthema 2008

Die Klimapolitik war 2008 ein Schwerpunktthema für den BDI. Besonders im Rahmen der Initiative, »Wirtschaft für Klimaschutz« macht der BDI die vielfältigen Lösungskompetenzen der deutschen Industrie im Bereich Klimaschutz und innovative Technologien für Politik und Öffentlichkeit sichtbar. Für die internationale Klimaschutzpolitik von besonderer Bedeutung waren im vergangenen Jahr die 14. UN-Klimakonferenz, die vom 1. bis 12. Dezember 2008 im polnischen Poznan stattfand, sowie die Beschlüsse des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments zum Energie- und Klimapaket der EU.

Poznan: Zaghafter Zwischenschritt zum Kyoto-Nachfolgeabkommen

Auf der UN-Klimakonferenz in Poznan beschlossen die Vertreter von über 190 Staaten den »Fahrplan nach Kopenhagen«, wo im Dezember 2009 die nächste UN-Klimakonferenz stattfinden wird. Dort soll ein neues Klimaabkommen für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2012 vereinbart werden. Die Idee der »Shared Vision« besagt, dass ein solches Abkommen künftig von allen Staaten zugunsten einer weltweiten Minderung von Treibhausgasemissionen mitgetragen und mitfinanziert werden soll. Ein erster Entwurf soll bereits im Frühjahr 2009 vorliegen. Bei den schwierigen Verhandlungen über die Festlegung konkreter Ziele zur Emissionssenkung traten in Poznan allerdings die bekannten großen Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erneut zutage. Nach wie vor herrscht Uneinigkeit darüber, wie die Lasten der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen künftig verteilt werden sollen.

Hochrangige Vertreter der BDI-Initiative »Wirtschaft für Klimaschutz« stellten im Rahmen einer eigenen sehr gut besuchten Veranstaltung auf der Klimakonferenz den Beitrag der deutschen Industrie zum Klimaschutz dar und diskutierten dazu mit zahlreichen internationalen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Brüssel: Erhoffter Beitrag zu mehr Investitionssicherheit bleibt aus
Beim Emissionshandel einigten sich Rat und Parlament auf

einen Kompromiss, der ab 2013 die Auktionierung von Emissionsrechten in der Energiewirtschaft vorsieht. Auch das verarbeitende Gewerbe soll bis 2027 bis auf wenige Ausnahmen voll dem Prinzip der Auktionierung unterliegen. Zwar konnte der ursprüngliche Kommissionsentwurf zur Emissionshandelsrichtlinie an einigen Stellen deutlich verbessert werden. Dennoch fällt das Fazit des BDI eher negativ aus. So fehlen nach wie vor noch viele Detailregelungen, ohne die der Richtlinienvorschlag in seinen Auswirkungen nicht zuverlässig bewertet werden kann. Es wird noch geraume Zeit dauern, bis die betroffenen Anlagenbetreiber wissen, was nach 2012 auf sie zukommt. Der BDI kritisiert besonders, dass die Beurteilung des Carbon-Leakage-Risikos, also die Frage, ob aufgrund steigender Kosten durch den Emissionshandel innerhalb der EU Produktionsverlagerungen ins Ausland drohen, künftig anhand sehr komplexer und schwer kalkulierbarer Kriterien erfolgen soll. Hinzu kommt, dass der gestufte Einstieg in die Versteigerung bei den Stromversorgern nur einigen Mitgliedstaaten zugute kommt – das nötige und vom BDI immer wieder geforderte weltweite »level playing field« rückt somit in weite Ferne.

Sidonie Günther
s.guenther@bdi.eu

Kirchhoff: »Alles was Vertrauen schafft, ist gut!«

»In der jetzigen wirtschaftlichen Lage sind alle Maßnahmen richtig, die Vertrauen schaffen.« Das sagte Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses, anlässlich des »Mittelstandsgipfels« am 9. Januar im Bundeskanzleramt zum geplanten zweiten Konjunkturpaket der Bundesregierung. »Deswegen ist jetzt alles vorrangig, was zu mehr Vertrauen führt: Mehr Vertrauen bei den Verbrauchern, bei den Unternehmen, bei den Banken, aber auch mehr Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft.«, betonte Kirchhoff. »Die Bundesregierung muss dazu den Dreisatz aus mehr Netto, mehr Investitionen und Sicherung der Mittelstandsfinanzierung schaffen.«

Kirchhoff warnte jedoch vor teuren Maßnahmen mit fragwürdigem Erfolg. »Sinnlos rausgeworfene Steuergelder helfen dem Mittelstand nicht. Geld, das ausgegeben wird, muss sich langfristig rechnen.« Zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung sei der Ausbau der vorhandenen Bürgschaftsinstrumente der richtige Weg, ergänzte Kirchhoff. »Das sichert die Finanzierung im Mittelstand, ohne dass der Staat selbst zu tief ins Wirtschaftsgeschehen eingreift.« Denn Aufgabe des Staates sei es, durch verlässliche Regeln Vertrauen zu schaffen. »Als Unternehmer braucht der Mittelstand den Staat nicht.« Vielmehr seien die Banken nun in der Pflicht, die Kreditströme wieder ans Laufen zu bringen.

Eingeladen zum »Mittelstandsgipfel« hatte die Bundeskanzlerin Vertreter des Mittelstands, um mit ihnen über im zweiten Konjunkturpaket der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen zu diskutieren.

René Hagemann-Miksits
r.hagemann@bdi.eu

TEC: Neue US-Administration muss Prozess fortsetzen

Am 12. Dezember 2008 hat in Washington das dritte Treffen des Transatlantischen Wirtschaftsrates (TEC) unter Leitung der beiden Ko-Vorsitzenden, EU-Vizepräsident Günter Verheugen und dem Wirtschaftsberater des US-Präsidenten Dan Price, stattgefunden. BDI-Präsident Thumann hat in seiner Funktion als Ko-Vorsitzender des TransAtlantic Business Dialogue (TABD) am Zusammentreffen mit der Advisory Group teilgenommen. Das Treffen am 12. Dezember kann als konstruktiv und produktiv bezeichnet werden.

Der TEC hat sich als ein wichtiges Gremium für den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen erwiesen. Die Zusammenarbeit hat sich in den vergangenen Monaten stetig verbessert. Die Vorsitzenden betonten, dass eine engere transatlantische Zusammenarbeit in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wichtiger sei denn je. An die neue US-Administration wurde die klare Botschaft gerichtet, den TEC fortzusetzen und ihm eine hohe Priorität beizumessen.

Nachfolgend eine Zusammenfassung wichtiger Fortschritte bei der Umsetzung der auf dem EU-USA-Gipfel 2007 vorgelegten Rahmenvereinbarung:

1. Verfahrensfragen:

Es wurden **Schwerpunktbereiche für die Arbeit des TEC** identifiziert und Kriterien für die Auswahl von Themen für die Agenda. Zur Verbesserung der Transparenz wird Anfang kommenden Jahres eine Übersicht zum Stand der TEC-Projekte sowie zu den Zeitplänen und Ansprechpartnern veröffentlicht.

2. Fortschritte bei horizontalen Themen:

Bei **Accounting Standards** hat die EU-Kommission die letzten Schritte zur Anerkennung von US-GAAP in der EU eingeleitet. Nachdem die SEC (Securities and Exchange Commission) bereits im vergangenen Jahr die internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS anerkannt hatte, ist das Thema nunmehr abgeschlossen.

Bei der **Regulatorischen Zusammenarbeit** im High Level Regulatory Cooperation Forum wurde die Verbesserung bei der Produktsicherheit von Importen vereinbart. Ebenso gibt es

Fortschritte bei der Annäherung der Risikoanalyse sowie des Impact-Assessment auf den internationalen Handel bei den jeweiligen Regulierungen.

Zur Anwendung der **Suppliers` Declaration of Conformity** für Elektroprodukte in den USA wurde ein Konsultationsverfahren eingeleitet.

Am 6. März 2008 haben sich beide Seiten auf einen Fahrplan zur Sicherung des transatlantischen Warenverkehrs gegen Terrorgefahren und die gegenseitige Anerkennung der Trade Partnership Programme (AEO- und C-TPAT) im Jahr 2009 geeinigt. Ende 2008 soll eine Kurzfassung des Fahrplans veröffentlicht werden.

Beim **Schutz geistigen Eigentums/Produktfälschung** wurde eine Verbesserung des Austausches von Informationen über einzelne Länder wie China und Russland durch diplomatische Netzwerke erzielt.

Bewegung gab es auch bei der Anwendung der EU-Chemikalienrichtlinie **REACH**. REACH soll in einer transparenten und nicht diskriminierenden Weise implementiert werden. Die US-Unternehmen sollen ausreichend Zeit für die Übermittlung von Informationen und für die Anmeldung von Substanzen für die Kosmetikindustrie erhalten.

Das EU-Importverbot für chlorbehandeltes Geflügel soll weiterbehandelt werden, um eine Lösung zu finden. Das Thema hatte aber nicht mehr den Stellenwert früherer Sitzungen.

3. Fortschritte in einzelnen Sektoren:

Zur Radio Frequent Identification Technologie (RFID) wurde ein Pilotprojekt bekanntgegeben. Weitere Pilotprojekte sollen folgen. Die EU-Kommission will am 6. Mai 2009 ein RFID-Symposium in Brüssel durchführen.

Auch bei der Regulierung von **pharmazeutischen und medizinischen Produkten** wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart.

Im Bereich Tierversuche für Kosmetikprodukte haben sich EU und die USA (zusammen mit Kanada und Japan) im September 2008 auf ein Rahmenwerk für alternative Testmethoden verständigt.

Auch bei der **Automobilregulierung** wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Am 16. Juni 2008 verständigten sich beide Seiten auf ein Memorandum of Cooperation im Bereich Kraftfahrzeugregulierung, insbesondere bei Sicherheit und Kraftstoffen.

Zudem hat sich der TEC darauf verständigt, bei dem Thema **Energie** enger zusammenzuarbeiten. Das Thema Energie soll auf die TEC-Agenda aufgenommen werden. Fortschritte wurden in der Zusammenarbeit bei der Regulierung von Biotreibstoffen erzielt.

Den kompletten Fortschrittsbericht der TEC-Sitzung vom 12. Dezember 2008 finden Sie auf der Homepage der EU-Kommission

http://ec.europa.eu/enterprise/international_relations/co-operating_governments/usa/usa_tec_en.htm.

Weitere Informationen finden Sie auch auf der Homepage des Transatlantischen Business Dialogs (TABD): www.tabd.com

Informationen zum Hintergrund

Der TEC wurde auf Initiative von Bundeskanzlerin Merkel, EU Präsident Barroso und US-Präsident Bush auf dem Transatlantischen Gipfel am 30. April 2007 ins Leben gerufen. Er zeichnet sich durch seine hochrangige politische Beteiligung aus und steht unter dem Vorsitz von EU-Vizepräsident Günter Verheugen und dem Wirtschaftsberater des US-Präsidenten, Daniel Price. Seine Aufgabe besteht darin, konkrete Maßnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen umzusetzen, mit dem Ziel der Realisierung eines gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraumes. BDI-Präsident Thumann nimmt als Vorsitzender des Transatlantic Business Dialogue (TABD) auf europäischer Seite am Treffen der Advisory Group mit dem TEC teil. Die Advisory Group besteht aus den Vorsitzenden der drei transatlantischen Dialoge TABD, Consumer Dialog (TACD) und Legislator Dialogue (TLD).

Kontakte zu knüpfen und somit Anregungen für die erfolgreiche Umsetzung der eigenen Innovationen mitzunehmen. In eintägigen Veranstaltungen vor Ort zeigen über 100 Unternehmen Vorteile, Barrieren, Risiken und Chancen bei der ganzheitlichen Implementierung von Innovationen. Bei jeder der TOP-Veranstaltungen stehen sowohl die Voraussetzungen als auch die Probleme mitsamt ihren Lösungsstrategien für einen unternehmerischen Erfolg im Mittelpunkt. Gerade im Bereich der strategischen Planung, als »Kontaktbörse«, sowie der Nutzen in Bezug auf technologische Anwendung bekommen die Veranstaltungen von den Teilnehmern Bestnoten.

Den neuen TOP-Katalog 1/2009 sowie weitere Informationen zu den TOP-Veranstaltungen erhalten Sie kostenlos beim TOP-TEAM im F.A.Z.-Institut GmbH, Geschäftsbereich Innovationsprojekte, Mainzer Landstraße 199, 60326 Frankfurt am Main, www.top-online.de, Telefon: (0 69) 75 91-21 67, E-Mail: mail@top-online.de.

Josef Düren
j.dueren@bdi.eu

Deborah Klein
d.klein@bdi.eu

Deutscher Mittelstand wieder einmal »TOP«

Wie schon in den vergangenen Jahren wird das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderte »Technologie-orientierte Besuchs- und Informationsprogramm – TOP« mit dem neuen TOP-Katalog 1/2009 fortgesetzt.

»Überzeugende Beispiele deutscher Innovationskraft, getragen von Menschen voller Ideenreichtum in Unternehmen mit einzigartigen Erfolgsgeschichten finden sich in der bundesweiten Innovations-Initiative TOP«, betont Bundeswirtschaftsminister Glos.

Zusammen mit dem F.A.Z.-Institut initiierte das BMWi dieses Programm bereits vor 15 Jahren, seither unterstützt auch der BDI aktiv die TOP-Initiative. Über 30.000 interessierten Fach- und Führungskräften wurde dadurch schon die Möglichkeit geboten, innovative Unternehmen zu besuchen, wertvolle



BDI

Impressum

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. • Breite Straße 29, 10178 Berlin • Redaktion: Manja Korbella, Alexander Mihm
Tel.: 030 2028 1426, Fax: 030 2028 2426, m.korbella@bdi.eu • www.bdi.eu • Erscheinungsweise: 14-tägig
Layout: berlinerverhältnisse | agentur für kommunikation gmbh